

Wo der Wind weht, sollen sie nicht stehen

In Rhein-Main tobt ein Kampf gegen Windräder. Dabei sind nicht die Investoren Antreiber. Die Kommunalpolitiker selbst machen den Regionalplan juristisch angreifbar, sie wollen zu wenige „Windvorranggebiete“ ausweisen.

Von Mechthild Harting

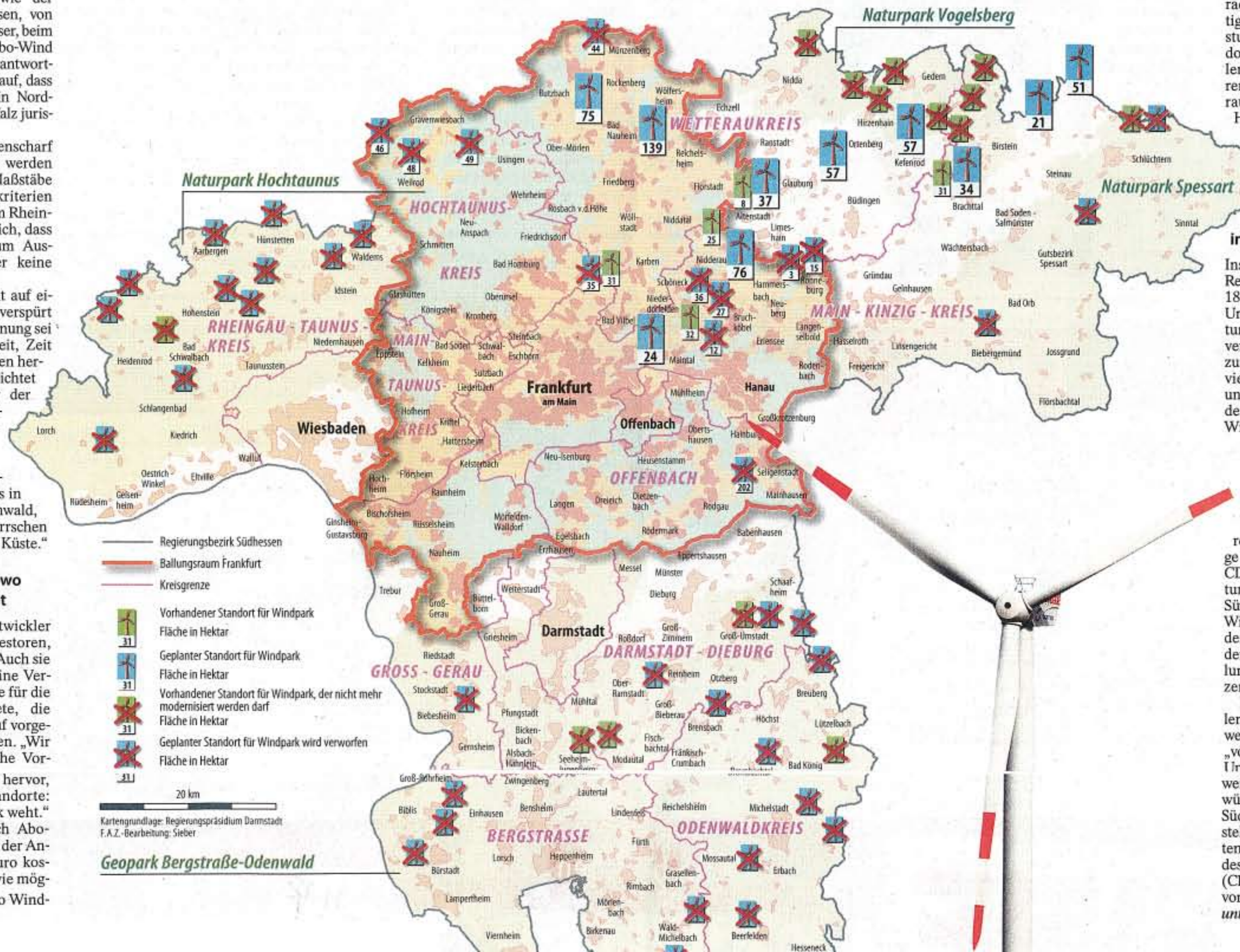
Für Urda Steinhäuser besteht kein Zweifel: „Es ist sehr realistisch, dass ein Plan, der so wenige Windkraftstandorte ausweist wie der Regionalplanentwurf für Südhessen, von Gerichten gekippt wird.“ Steinhäuser, beim Wiesbadener Projektentwickler Abo-Wind für die Planung von Windparks verantwortlich, verweist nicht ohne Stolz darauf, dass ihr Unternehmen solche Pläne in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz juristisch schon zu Fall gebracht hat.

Gerade an Pläne, die parzellenscharf vorgaben, wie Flächen genutzt werden dürfen, legten Gerichte hohe Maßstäbe an. Deshalb müssten Ausschlusskriterien sehr genau abgewogen werden. Im Rhein-Main-Gebiet sei es zu offensichtlich, dass die Politik mehrheitlich nur zum Ausdruck bringe: „Wir wollen hier keine Windräder haben.“

Doch Freude über die Aussicht auf einen möglichen juristischen Sieg verspürt Steinhäuser nicht. Eine solche Planung sei nur ärgerlich, sie vernichte Arbeit, Zeit und damit Geld. Dabei habe Hessen hervorragende Windstandorte, pflichtet Ralf Heidenreich bei, Sprecher der Juwi Holding AG im rheinland-pfälzischen Wörrstadt, nach eigenen Angaben einer der bundesweit führenden Projektentwickler von Wind-, Solar- und Bioenergieanlagen. Diese lägen allerdings in den exponierten Lagen von Odenwald, Taunus und Vogelsberg. „Dort herrschen mitunter Bedingungen wie an der Küste.“

Entwickler fordern Standorte, wo der Wind stark und stetig weht

Wichtig sei für sie als Projektentwickler und für die beauftragenden Investoren, dass es eine klare Planung gebe. Auch sie seien gegen Wildwuchs, gegen eine Verspargelung, deshalb plädierten sie für die sogenannten Windvorranggebiete, die die Errichtung von Windparks auf vorgeschriebene Flächen konzentrierten. „Wir brauchen aber nicht irgendwelche Vorranggebiete“, hebt Heidenreich hervor, „wir brauchen die richtigen Standorte: dort, wo der Wind stetig und stark weht.“ Denn ein Windrad, das sich Abo-Wind und Juwi einig, das allein in der Anschaffung 2,5 bis 3 Millionen Euro kostet, solle so viel Strom erzeugen wie möglich. Denn je höher der Ertrag pro Wind-



rad, desto weniger Anlagen würden benötigt. Juwi hat nach einer Windpotentialstudie für den Kreis Groß-Gerau sogar dort die Errichtung von Anlagen empfohlen. Heidenreich zufolge hätten sie sich rentiert, auch wenn es im Kreis Groß-Gerau nicht so windig sei wie im Taunus. In Hohenstein hat Juwi übrigens nach sieben Jahren Planung und mehrjährigen Gerichtsauseinandersetzungen im vergangenen Jahr zwei Anlagen installiert.

Zehn oder 15 neue Windparks in ganz Südhessen: Das ist der Streit

Insgesamt drehen sich nach Angaben des Regierungspräsidiums derzeit in 15 der 187 Kommunen Südhessens Windräder. Umstritten ist bei der derzeitigen Erarbeitung des Regionalplans und des damit verbundenen Regionalen Flächennutzungsplans für den Ballungsraum, wie viele Windvorranggebiete hinzukommen und ob man die Erweiterung bestehender Anlagen erlaubt. Geht es nach dem Willen der Mehrheit der Kommunalpolitiker in den regionalen Gremien, die

CDU und FDP stellen, wird es außerhalb des Ballungsraums fünf neue Standorte in der Wetterau geben. Alle anderen vorgeschlagenen Flächen für künftige Windparks sind gestrichen worden, da CDU und FDP keine Windräder in Natur- und Geoparks akzeptieren wollen. Südlich von Darmstadt soll sich nicht ein Windrad drehen. Damit liegt der Anteil der sogenannten Windvorranggebiete an der Gesamtfläche außerhalb des Ballungsraums gerade einmal bei 0,04 Prozent.

Im Ballungsraum sollen nach dem Willen der CDU fünf Standorte ausgewiesen werden, obwohl gerade dieses Gebiet als „vorbelasteter Verdichtungsraum“ gilt. Und die FDP fordert, dort den Plan um weitere fünf auf zehn zu ergänzen. Damit würden 0,14 Prozent der Gesamtfläche Südhessens für Windräder zur Verfügung stehen. Ein Anteil, der von allen Fachleuten, aber auch vom Ersten Beigeordneten des Planungsverbands, Heiko Kasseckert (CDU), als zu gering eingestuft wird, um vor Gericht bestehen zu können. (Siehe untenstehendes Interview.)